

## Recycling-Stationen in Bremen

Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) – 17. Wahlperiode – 9. Sitzung am 19.02.08

[...]

Abg. **Jens Dennhardt (SPD)**:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Abfall sollte, so gut es geht, von vornherein vermieden werden, und das, was wir an Abfall nicht vermeiden können, müssen wir weitestgehend wiederverwerten, damit unser heutiger Abfall zukünftigen Generationen nicht zur Last wird, sondern hilft, Neues aufzubauen.

(Beifall bei der SPD)

Dabei sind wir, wie die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der CDU zeigt, auf einem guten Weg. 14 Recycling-Stationen haben wir jetzt in Bremen, mit der Eröffnung in Burglesum im April werden es 15 sein. Das begrüßen wir sehr. Wenn dann möglichst zügig in Borgfeld die schon länger geplante sechzehnte Recycling-Station verwirklicht wird, werden die Wege zur Recycling-Station für viele Bürgerinnen und Bürger in Bremen wieder ein Stück kürzer sein.

(Beifall bei der SPD)

Bestehende Unausgewogenheiten der Standorte, wie es in der Anfrage der CDU heißt, die übrigens bis zur letzten Senatswahl im vergangenen Jahr den verantwortlichen Senator gestellt hat, werden damit Schritt für Schritt weiter abgebaut. Die SPD-Fraktion begrüßt es, dass der Senat sein schon 2003 begonnenes Programm zur Standortoptimierung mit den Bestandteilen Flächendeckung, Verbesserung der Bürgernähe, Erweiterung der Angebotspalette und Verbesserung der Öffnungszeiten beständig fortsetzt.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört auch die Überprüfung einer Verbesserung der Lage der Recycling-Station in Farge. Dabei ist bei der Veränderung von Standorten und ihren Angeboten immer auch eine Abstimmung mit den Beiräten der betroffenen Stadtteile notwendig. Die bisherigen Lösungen zur Mitnutzung der Bremer Recycling-Station durch Bürgerinnen und Bürger aus Niedersachsen erscheinen, wie auch schon Herr Imhoff sagte, angemessen. Die Landesgrenzen überschreitende Nutzung der Recycling-Station könnte jedoch ein Hinweis darauf sein, dass bestimmte Entsorgungsfragen in der Metropolregion Bremen/Oldenburg in Zukunft möglicherweise besser gemeinsam gelöst werden können. Dies sollten wir im Auge behalten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir brauchen eine effektive, umweltschonende Abfallverwertung zu einem angemessenen Preis. Bremen hat seit über zehn Jahren stabile, teilweise sogar sinkende Abfallgebühren. Um dies fortzusetzen, muss die Wirtschaftlichkeit der Verträge mit den Entsorgern aus Sicht der Gebührendzahlenden regelmäßig überprüft werden. Dabei muss auch ein dauerhafter Wettbewerb zwischen den Entsorgern entwickelt werden. Mit Abfall lassen sich längst gute Geschäfte machen. Je knapper unsere natürlichen Ressourcen werden, desto wertvoller werden unsere Abfälle als Sekundärrohstoffe. Die entsprechend dem Papierpreisindex gesteigerten Erlöse des Abfallgebührenhaushaltes für die Verwertung von Papier und Pappe weisen hier in die richtige Richtung. Von dieser Entwicklung sollen auch die Gebührendzahlenden in Form entsprechender Gebühren und eines verbesserten Angebotes profitieren.

Über eine Million jährliche Besuche in den Bremer Recycling-Stationen sind ein Beleg für die in der CDU-Anfrage schon benannte breite Akzeptanz des Abfallrecyclings in der Bevölkerung. Doch bei 540.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist hier auch noch ein großes Potenzial erkennbar. Wertsteigerungen bei den aus dem Abfall zurückgewonnenen Wertstoffen und Kostensenkungen durch technisch verbesserte Verfahren sollten wir auch nutzen, um den Bürgerinnen und Bürgern beim Recycling noch besser entgegenzukommen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es zum Beispiel gelingt, Standorte der Recycling-Stationen so zu wählen, dass auch die Zahl der Besuche mit dem Fahrrad oder zu Fuß sich erhöht, könnten noch größere Teile der Bevölkerung erreicht werden.

(Beifall bei der SPD)

So schön das Geschäft mit der Abfallverwertung ist, am meisten hilft uns Abfallvermeidung. Sie kann uns manchen Weg zur Recycling-Station ersparen. Eine besondere Verantwortung haben hierbei die produzierende Wirtschaft und der Handel. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

[...]